Nummer 175 — Halle, Mittwoch, den 29. Juli 1925 — 60. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.60 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen besondere Ermäßigung. Verlagshaus, Neue Promenade 1a u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 285.5. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, am Abend des 11. August eine Verfassungsfeier unter Mitwirkung sehr namhafter künstlerischer Kräfte in Berlin zu veranstalten. Die Abendfeier werde wahrscheinlich in einem der Staatstheater oder einer staatlichen Hochschule stattfinden.

*

Der handelspolitische Ausschuß des Reichstags hat trotz schwerer Bedenken das Saarabkommen mit Frankreich einstimmig gebilligt unter voller Gewährung der Gegenseitigkeit und unter Betonung, daß es nur als viermonatliche Uebergangsregelung tragbar sei.

*

Der Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände wendet sich in einer Eingabe an Reichsregierung und Reichstag gegen den Plan, eine starke und plötzliche Steigerung der Mieten im Interesse einer Erhöhung der den Ländern und Gemeinden zufließenden Beträge aus der Mietabgabe durchzuführen. Der Sinn der Mietabgabe sei, daß sie zum Wohnungsneubau und zur Wiederherstellung von Wohnungen verwandt werde. Der Gewerkschaftsbund fordert, daß mindestens 30 Proz. der aus der Mietabgabe aufkommenden Mittel dem Wohnungsneubau zur Verfügung gestellt werden.

*

In Wien wurde gestern der internationale Kongreß der chemischen Arbeiter eröffnet, der sich mit Lohn- und Arbeitsfragen und den Gefahren der Arbeit in chemischen Betrieben befaßt.

*

Wie die „Vossische Zeitung" erfährt, haben seit einiger Zeit Verhandlungen stattgefunden, die die Organisation einer französischen Abteilung auf der kunstgewerblichen Musterausstellung der Leipziger Messe zum Ziele haben. Ob sich dieser von Paris angeregte Plan noch bis zur bevorstehenden Herbstmesse werde verwirklichen lassen, ist noch nicht entschieden. Es sei jedoch mit Sicherheit damit zu rechnen, daß spätestens zur Frühjahrsmesse des kommenden Jahres Frankreich auf der Leipziger Messe vertreten sein wird.

*

Der Streik der Pariser Bankbeamten dauert an. Man erwartet seine Ausdehnung. Die Angestellten der Banc nationale de Credite, die heute eine Versammlung abgehalten haben, beschlossen, an ihren Forderungen einer monatlichen Teuerungszulage von 120 Fr. festzuhalten. Eine Verhandlung mit der Direktion ist ergebnislos verlaufen.

*

Die französische und spanische Regierung soll Abd el Krims Antwort auf ihr Friedensangebot erhalten haben. Abd el Krim soll zur Einstellung der Feindseligkeiten und zu Friedensverhandlungen in Tanger bereit sein, wenn ihm die Unabhängigkeit des Rifgebietes garantiert wird.

— Aus französischen und spanischen Meldungen geht hervor, daß eine französische Gegenoffensive gegen Abd el Krim bevorsteht.

*

Das gestern abend veröffentlichte Weißbuch über das neue englische Marineprogramm sieht bis zum Jahre 1930 Ausgaben von insgesamt 58 Millionen Pfund Sterling vor, spricht aber die Hoffnung aus, daß die Ausgaben etwa zehn Prozent niedriger sein werden, als es vorgesehen ist.

*

Nach einer Meldung aus London sind die technischen Arbeiten für eine telephonische Verbindung von London über Turin nach Rom beendet worden, so daß ihr Verkehr demnächst beginnen werde. Binnen kurzem sollen auch die Telephonlinien zwischen Rom, Berlin, Amsterdam und Wien fertiggestellt werden.

*

Dem Londoner „Daily Expreß" zufolge hat das Komitee des englischen Reichsverteidigungsausschusses festgestellt, daß zum Schutze des Suezkanals die Beibehaltung einer angemessenen britischen Truppenmacht unentbehrlich sei. Das Kabinett habe den Bericht gutgeheißen.

*

Nachrichten aus Griechenland bestätigen die kürzliche Meldung des Londoner „Daily Telegraph", wonach türkische Geheimagenten die persische Bevölkerung zugunsten Moskaus gegen England aufhetzen. — Angesichts der russischen Uebermacht und der gemeinsamen Feindschaft gegen England ist ein Zusammengehen der Türkei mit Sowjetrußland durchaus denkbar.

*

Die amerikanische Vereinigung von Besitzern deutscher Markeffekten ließ durch ihren Vorsitzenden Leopold Zimmermann an der Neuyorker Straßenbörse Protest erheben gegen die Zulassung der zehn Millionen Dollaranleihe der Stadt Köln. Die Anleihe war in der letzten Woche durch die Firma Blair & Co. in den Verkehr gebracht worden.

„Poincaré hat es vorausgesagt!"

Die englische Kohlenkrisis / Hetze gegen Deutschland.

(Von unserem Londoner Berichterstatter.)

London, 25. Juli.

Hier in England geht geht es wie daheim in Deutschland, nur schlimmer: während das Land in schwerster Industrie- und Absatzkrisis steht, bewilligen Regierung und Parlament immer neue Staatsausgaben und also auch Steuern, durch die die Krisis weiter verschärft und schließlich unlösbar wird. Schon kündet der Beherrscher der englischen Presse und Nachfolger des berüchtigten Lord Northcliff, der Lord Rothermeere, eine Kampagne für den Steuerstreik an als einzigem Mittel, dem Bewilligungswahnsinn der Regierung Einhalt zu tun.

Ein besonders trübes Kapitel ist die Kohlenkrisis. Zwar hat auch Deutschland jetzt eine Kohlenkrisis von bisher kaum gekannter Schwere. Aber zehnfach schlimmer ist sie in England, was die Zahl der arbeitslosen Bergleute und stillgelegten Minen anlangt. Nicht mit Unrecht nennt man den jetzt drohenden Bergarbeiterstreik die schwerste Gefahr, die jemals Englands Existenz bedroht hat. Denn die Lage ist hoffnungslos. Die Kohlenindustrie rentiert nicht mehr, die englische Kohle hat keinen Absatz, weil sie schon heute zu teuer ist, und die Bergarbeiter fordern Lohnerhöhung, die die Kohle unweigerlich weiter verteuern, den Absatz noch mehr beschränken, die Krisis der wichtigsten englischen Industrie verschärfen muß. Wie soll das enden? Warnende Stimmen sprechen bereits von einer Revolution und vom Zusammenbruch Englands als ihrer Folge.

Besonders erbittert ist man auf den alten Konkurrenten, den man durch den Krieg und Versailler Vertrag niedergekämpft glaubte: auf Deutschland. Anscheinend ahnt man in Deutschland gar nicht, wie all die kleinen Frachtverzögerungen zur Hebung der deutschen Steinkohlenkrisis hier benutzt werden, um gegen Deutschland zu hetzen. Auch hierin tut sich das alte große Giftblatt Northcliffs und Rothermeeres, die Londoner „Daily Mail" mit ihren fast zwei Millionen Bezieheren, besonders hervor. So veröffentlicht sie am 24. d. Mts. einen Hetzartikel Poincarés, der am 24. Juli 1924 schon einmal in der „Daily Mail" erschienen war, zum zweitenmal, und bringt dazu einen Leitartikel, „Poincaré hat es vorausgesagt!" in dem es heißt:

„Die Schwierigkeiten unseres Landes, das ist jetzt offensichtlich, verdanken wir zum größten Teil der unheilvollen Politik gewisser englischer Staatsmänner, die Frankreich aus dem Ruhrgebiet herausdrängten und Deutschland wieder auf die Beine halfen in dem verrückten Glauben, dadurch in Deutschland einen guten Abnehmer für englischen Waren zu erhalten.

Poincaré warnte unsere kopflosen Politiker, daß Deutschland nach Wiederherstellung seines Kredits (wie das durch die Gewährung der Dawesanleihe unter englischer Mitwirkung geschehen ist) und bei niedrigerer Steuerlast als die Alliierten (die alte Propagandalüge der Alliierten. Die Schriftltg.) sehr schnell die englische Kohle und den englischen Stahl vom Weltmarkt vertreiben würde. Die „Daily Mail" hat immer wieder auf diese Warnungen aufmerksam gemacht. Aber umsonst.

Im Jahre 1922, vor der Ruhrbesetzung, hatten wir einen Kohlenexport im Werte von 72 500 000 Pfund Sterling (1 450 000 000 Goldmark). Im Jahre 1923 — dem Jahr des Ruhrkampfes — exportierten wir für 1 999 000 000 Goldmark Kohle zum ungeheuren Segen unserer Bergleute. Im Jahre 1924 fiel die Kohlenausfuhr auf 1 440 000 000 Goldmark; und in diesem Jahr werden wir, wenn die traurigen Verhältnisse andauern, nur für etwa 1 080 000 000 Goldmark Kohle ausführen.

Wir haben also die Hälfte unseres Kohlenexports verloren, weil wir es zuließen, daß Blinde unsere Politik leiteten.

Poincaré erklärte, die deutsche Kohle würde die englische vom Weltmarkt vertreiben. Schon ist es soweit. Bereits im Januar stellte der bekannte Fachmann Sir R. Redmayne fest: „Deutschland liefere Kohle nach Portugal, nach Südamerika, nach Aegypten". Jetzt liefert es Kohle an die italienischen Staatsbahn und die Pariser Elektrizitätswerke, die bisher englische Kohle bezogen. Und auf jeder Reise wird unseren Händlern von unseren alten Abnehmern erklärt, sie bedauerten, nichts kaufen zu können, die deutsche Kohle sei soviel billiger.

Mit dem englischen Stahl ist es das gleiche, genau wie Poincaré voraussagte: Südafrika hat große Aufträge über Stahlwaren und Maschinen an Deutschland vergeben und im Februar, als unsere Werke kurzarbeiteten oder stillstanden, machten die Krupp'sche Nachtschichten und die Stinnes'sche Doppelschichten."

Zwei Hintergedanken hat die „Daily Mail" bei diesem Artikel: den staatspolitischen, für einen engeren Anschluß an Frankreich gegen Deutschland Stimmung zu machen, und den wirtschaftspolitischen, die deutsche Arbeiterschaft durch Hinweis auf die angeblich niedrigeren deutschen Steuern und auf die niedrigen Löhne zu neuen revolutionären Forderungen aufzuhetzen, damit Deutschland aufs neue in Revolutionselend versinkt, den Dawesplan nicht erfüllen, Frankreich dann das Ruhrgebiet aufs neue als „Sanktionen" besetzen und England der eigenen Revolution und Arbeitslosigkeit auf Deutschlands Kosten entrinnen kann.

Diese Hintergedanken spricht man freilich nicht öffentlich aus, man hat dafür ja seine altbewährten Kanäle zu den deutschen Klassenkampfparteien, die noch immer alles, was von England kommt, dem zweiten Vaterland ihres Götzen Marx, als höhere Weisheit demütig befolgen. — Hüte dich vor dem „perfiden England", deutsches Arbeitervolk!

Zum englischen Bergarbeiterstreik.

London, 28. Juli. Vertreter des Bergarbeiterverbandes berieten heute mit Vertretern des internationalen Gewerkschaftsbundes über die Frage der Stellung der Berg- und Transportarbeiter auf dem Kontinent im Falle einer Arbeitseinstellung auf den britischen Kohlenwerken. Der Vertreter des Bergarbeiterverbandes Cook teilte mit, daß wahrscheinlich im Falle einer Arbeitseinstellung keine Kohlensendungen vom Kontinent nach Großbritannien erfolgen würden.

Heute tritt in Paris der Ausschuß der Internationalen Vereinigung der Bergarbeiter zusammen, um auf Veranlassung der englischen Bergarbeiter über die Ursachen der Weltkrise in der Kohlenindustrie zu beraten und die Möglichkeiten eines internationalen Generalstreiks ins Auge zu fassen.

Der Streik im Saargebiet.

Der Streik im Saarbergbau hat gestern eingesetzt. 99 Prozent aller Saarbergarbeiter befinden sich im Ausstand. Die Zahl der Arbeitswilligen ist äußerst gering. Sie dürfte im ganzen Saargebiet kaum mehr als 100 betragen. Die Notstandsarbeiten werden den Anweisungen der Streikleitung entsprechend durchgeführt. Mit Spannung sieht man dem Ausgang der in Paris begonnenen Verhandlungen über die Forderungen der Saarbergarbeiter entgegen. Die Zahl der Streikenden beträgt 74 000. Die Metallarbeiter haben sich dem Streik angeschlossen. Die Gruben werden von französischem Militär mit Panzerwagen bewacht.

Der Landesrat hat folgendes Telegramm an das französische Arbeitsministerium gerichtet: „Die Notlage der Bergleute ist groß. Infolgedessen ist der Kampf und der Streik im Saarbergbau ausgebrochen. Wegen der schweren Folgen für die ganze Bevölkerung bitten wir daher dringend, den Forderungen der Bergleute weitgehend gerecht zu werden. gez. Scheuer, Präsident des Landesrats.

Weiterer Ruck nach links in Frankreich.

Das Innenministerium veröffentlicht über das Ergebnis der Generalratswahlen eine Statistik, nach der sich die 1495 gewählten Generalräte auf die einzelnen Parteien wie folgt verteilen: Konservative und Liberale 131 (Verlust 26), Republikaner (Republikanisch-demokratische Vereinigung) 216 (Verlust 36), Linksrepublikaner 236 (Verlust 81), Rechtsstehende Radikale (Radikale Dissidenten) 98 (Gewinn 37), Radikale (Herriot) 601 (Gewinn 72), Sozialistische Republikaner (Partei Briands und Painlevés) 72 (Gewinn 25), Sozialisten 135 (Gewinn 50), Kommunisten 6 (Verlust 11). Unter den Gewählten befinden sich 76 Senatoren und 142 Abgeordnete, während 2 Senatoren und 142 Abgeordnete unterlegen sind.

Das bedeutet also einen erheblichen Stimmenzuwachs der Linken, besonders der Sozialisten, die Gegner einer Kriegspolitik in Marokko und Gegner der Finanzpläne Caillaux sind.

Worum geht es in der Außenpolitik?

John Ruskin, der große englische Denker, erklärte vor Jahren: Wozu sich in den Streit der politischen Meinungen Englands so erhitzen? „In hundert Jahren existiert das englische Reich ja doch nicht mehr."

Das ist es, worum es in der Außenpolitik geht: um die Rettung des untergehenden englischen Weltreichs. Unter diesem Gesichtspunkt müssen alle Einzelfragen der europäischen und außereuropäischen Außenpolitik betrachtet werden.

Warum hat England, wie die Franzosen immer wieder auf das Bestimmteste behaupten, den deutschen Außenminister zu dem deutschen Sicherheitsangebot angeregt? Und weshalb betonen die englischen Stimmen einhellig immer wieder die Notwendigkeit einer Befriedung Europas?

Weil England gegenüber der Macht seiner Arbeiterpartei, gegenüber seiner schweren Finanzbelastung und gegenüber seiner Industrie- und Handelskrisis einfach nicht mehr in der Lage ist, den Wettbewerb der militärischen Rüstungen mit Frankreich und seinen Vasallen mitzumachen.

Sie müßten ja keine Engländer sein, wenn sie nicht ausschließlich moralische Gründe für die Fredensnotwendigkeit vorbrachten. „Aus Liebe zur Menschheit", „aus Humanität" muß der Friede kommen. Aber wer fällt noch herein auf das Moralgeseires dieser Engländer, deren ganze Geschichte seit Eintritt in die Außenpolitik ein einziger fortgesetzter Land- und Seeraub, ein einziger Riesenstrom von Blut, Greueln und Lügen ist? Sie können nicht mehr, ihre Kraft versagt, darum reden sie von Frieden.

Englands Vereinsamung.

„Splendid isolation" **wider Willen**

England hat in Versailles den nie wieder gut zu machenden Fehler begangen, den künftigen Bundesgenossen Deutschland wehrlos zu machen und Frankreich stark werden zu lassen. Und den weiteren noch verhängnisvolleren Fehler, den friedensbereiten Garen zu stürzen und damit Rußland von der hundertjährigen Rückschritthalten auf Europa und auf das englische Weltreich abzubringen. Jetzt ist England in die Grube gefallen, die es uns gegraben hatte: jetzt ist England eingekreist und hat die ganze Welt zu Feinden: die Russen, die Polen und sonstigen französischen Vasallen, die Deutschen, die Franzosen und fern im Osten die Japaner, dazu all die „unterdrückten Nationen" in seinem Kolonialreich.

Sein einziger Halt ist Amerika. Aber wie lange wird Amerika die Riesendummheit fortsetzen, die es im Weltkriege zugunsten des ihm überall den freien Handel sperrenden englischen Weltreiches kämpfen ließ? Seine sich immer wieder betätigende Sympathie für Englands europäischen Hauptgegner Frankreich beweist, daß England auf uneingeschränkte Hilfe Amerikas trotz allen Geredes von der Weltherrschaft der vereinten angelsächsischen Rasse nicht rechnen kann.

In Wahrheit steht England allein. Allein gegenüber der schweren Revolutionsgefahr im eigenen Lande, gegenüber den Loslösungsbestrebungen Irlands, Canadas, Südafrikas, Australiens, Indiens und Aegyptens. Allein gegenüber der napoleonischen Kontinentalherrschaftsplänen und den Riesenheeren Frankreichs. Allein gegenüber dem furchtbarsten Feind, dem russischen Bären, der nach dem Winterschlaf des Bolschewismus keine Macht der Welt abhalten kann, mit seinen 136 Millionen Menschen die 7—8 Millionen Türken zu überrennen und die ganze Ostküste des Mittelmeers zu besetzen, von da aus zum Suezkanal vorzustoßen und in Persien und Indien Englands Erbe anzutreten. Seit zwei Jahrhunderten sucht Rußland den Zugang zu den Weltmeeren, es wird niemals freiwillig darauf verzichten, weil Englands Weltreich daran zerbricht.

Der eigentliche Feind.

Für England gibt es nur eine Möglichkeit der Rettung: Rußland vorher zu zertrümmern.

Von dieser Notwendigkeit des Kampfes ums Leben und Tod mit Rußland redet im offiziellen England natürlich niemand, denn wie wollte man die revolutionäre englische Arbeiterschaft heute zum Kampf gegen Sowjetrußland bewegen? Und würde Frankreich nicht sofort Englands Pläne durchkreuzen, um sich mit Rußland Europa zu teilen und gegen Ueberlassung Englisch-Asiens an Rußland Englisch-Afrika einzutauschen?

Der große Kampf gegen Sowjetrußland kann erst beginnen, wenn Frankreichs Kontinentalherrschaftspolitik gebrochen, wenn Frankreich für uns James Mitglied des großen Bundes der Vereinten Staaten Europas, des „Völkerbundes" geworden ist und ebenso Deutschland. Gelingt das, dann wird die französische Armee aus einem furchtbaren Feind ein Bundesgenosse Englands in Kampf gegen Rußland, und Deutschland stellt das unentbehrliche Aufmarschgebiet.

Der Kampf um den Völkerbund.

So erklärt es sich, daß England die „große Friedensoffensive Stresemanns" angeregt hat und daß mit auf Frankreich drückt, dessen nationalistische Kreise entsprechend erregt darüber sind. So erklärt es sich, daß England Deutschlands Eintritt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250729019/fragment/page=0001

in den Völkerbund fordert. Nur scheinbar stimmt es in dieser Forderung mit Frankreich überein. Denn beide Länder verfolgen mit dem Völkerbund zwei ganz verschiedene Ziele: Für Frankreich soll der Völkerbund ein Mittel zur Niederhaltung Deutschlands und Ausdehnung der französischen Kontinentalherrschaft sein; für England ein Mittel zur Niederhaltung Frankreichs und Erhaltung des englischen Weltreichs, besonders der englischen Machtstellung von Griechenland bis nach Indien.

Ist Deutschland einmal im Völkerbund, dann wird der eigentliche diplomatische Kampf erst beginnen, ob Englands oder Frankreichs Wille in diesem Bunde siegen wird. Da England — heute noch — stärker als Frankreich ist, auch Deutschland mehr zu England als Frankreich neigt, sind Englands Siegesaussichten größer und jeder neue innerpolitische Sieg der französischen Linken verstärkt sie. Aber der Haß gegen die Engländer in Frankreich ist so groß wie er alt ist und könnte sehr plötzlich zu dem Umschwung: „Mit Rußland gegen England" führen, den auch Italien mitmachen würde, das ja schon immer so auffallend behutsam mit Sowjetrußland laviert. Denn ein Zusammenbruch Englands könnte Italien die Freiheit des Mittelmeeres von der englischen Beherrschung durch Gibraltar, Malta, Cypern und Aegypten gewinnen und von Frankreich und Rußland als Lohn für die Unterstützung die „unerlöste" französische Riviera, das „unerlöste" Corsica, Malta, Tuni, ferner die griechischen Inseln mit Creta und Cypern und gleiches Recht in Aegypten, dem Vorgelände der italienischen Kolonien in Nordafrika erhalten.

Das also ist das Bild der Gegenwart und nächsten Zukunft: das Ringen Englands und Frankreichs um die Vorherrschaft im Völkerbund d. h. im abendländischen Europa, und das Ringen Englands und Rußlands um den breiten Ländergürtel von Konstantinopel bis Kalkutta, der Rußland knebelt und Englands Weltmacht in sich schließt. Deutsche Außenpolitik heißt: unsere Stellung wählen in diesem Riesenkampf.

Dr. Elze.

Sicherheitspakt bedeutet Krieg?

Der „Popolo d'Italia", der von dem Bruder Mussolinis geleitet wird, schreibt zu der Frage einer Teilnahme Italiens am Sicherheitspakt:

„Ein Abkommen dieser Art würde Italien verpflichten, an einem Krieg in fernen Ländern teilzunehmen, der durchaus nicht unser Krieg wäre; eine einfache Unterschrift unter irgendein neues Protokoll könnte für uns soviel bedeuten, wie neue 100 Milliarden Kriegsschulden und 500 000 neue Verluste an jungen Menschenleben. Man wünscht, daß Italien andere „sichert". Aber wer wird Italien sichern und wer wird je an Italiens eigne große Probleme denken, wie die Auswanderung, die Kolonien, die Rohstoffe unserer Industrie, an unsere europäischen Grenzen und unsere Lebensinteressen im Mittelmeer?"

*

So müssen auch wir Deutschen denken: Sicherheitspakt und Völkerbund kann (und soll nach Englands Wunsch) Krieg gegen Rußland und damit neue Blut- und Vermögensopfer bedeuten. Wer aber schützt uns und unsere Interessen?

Eine amerikanische Stimme zur Antwortnote.

In einer Betrachtung über die deutsche Note zur Sicherheitsfrage schreibt „Chicago Tribune", daß eine wirkliche Stabilisierung Europas nicht möglich sei auf der Basis der Verträge von Versailles und St. Germain.

Das Blatt billigt die deutsche Haltung, den Sicherheitspakt von einer Revision der Besetzungsbestimmungen des Versailler Vertrags abhängig zu machen. Der deutsche Einwand gegen Art. 16 der Völkerbundssatzung werde große Sympathien in den Vereinigten Staaten finden.

Die deutsche Argumentation der Haltung Deutschlands in der Durchmarschfrage sei vollkommen berechtigt. Die deutsche Note enthalte keinen Punkt, der Verhandlungen unmöglich mache.

Das Amnestiegesetz.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde zum Amnestiegesetz ein kommunistischer Antrag abgelehnt, auch bei Zuchthausstrafen bis zu 1 Jahr Amnestie zu gewähren. Dagegen wird der Antrag Kahl (D. V. P.) angenommen, wonach die unter die Amnestie fallenden Gefängnis- und Festungsstrafen bis zur Höhe von zwei Jahren (nach der Vorlage bis zu einem Jahre) erfaßt werden sollen. Auf Antrag Stoecker (Komm.) wird als zweiter Absatz eingefügt, daß bei längeren als den von der Amnestie erfaßten Strafen eine Strafmilderung in dem Umfang des in der Amnestie ausgesprochenen Straferlasses eintritt.

Der deutschnationale Antrag auf Streichung des Absatzes, der die Landesverratsdelikte in die Amnestie einbezieht, wird mit 15 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Die Gesamtabstimmung über § 1 wird darauf auf Dienstag vertagt.

Unverändert wird § 2 angenommen, wonach Verfahren gegen Zuwiderhandlung gegen § 8 des Republikschutzgesetzes eingestellt werden, wenn die Tat nicht nach dem 15. Juli 1925 begangen ist. Der Ausschuß vertagt sich dann auf Dienstag vormittag.

Der Kampf um die Steuervorlagen.

Opposition der Sozialisten und Demokraten.

Der Reichstag trat gestern in die zweite Lesung der neuen Steuervorlagen ein. Es handelt sich um das Einkommensteuergesetz, das Körperschaftssteuergesetz, das Reichsbewertungsgesetz, die Vermögens- und Erbschaftssteuer, die Verkehrssteuern, die Verbrauchssteuern, den Finanzausgleich, die Bier- und Tabaksteuer.

Die allgemeine Aussprache über das umfangreiche Gesetzgebungswerk, das den Ausschuß in 52 Sitzungen beschäftigt hat, war recht kurz, da sich die Regierungsparteien auf eine gemeinsame Erklärung beschränkten, die Abg. Oberfohren (Dnat.) abgab.

Die Parteien verhehlten in der Erklärung nicht die großen Bedenken, die sie gegen viele Einzelheiten der Steuervorlagen hegten, aber sie betonten, daß die Finanzlage des Reiches und die große Belastung dem Auslande gegenüber leider größere Steuermilderungen, besonders einen Abbau der Umsatzsteuer unmöglich gemacht hätten.

Zum Schluß betonen sämtliche hinter der Regierung stehende Parteien, daß die Verabschiedung der gesamten Steuerreform nicht länger hinausgezogen werden darf. Sie sind der festen Ueberzeugung, daß durch dieses in verhältnismäßig kurzer Zeit in vertrauensvoller Zusammenarbeit geschaffene Werk ein Grundstein für die finanzielle, wirtschaftliche und soziale Gesundung des deutschen Volkes gelegt worden ist.

Als erster Oppositionsredner verurteilte der sozialdemokratische Abg. Dr. Hertz in scharfer Weise die Steuergesetzentwürfe, die den großen Besitz begünstigten, die große Masse des arbeitenden Volkes aber in unerträglicher Weise mehr belasteten. Die starke Mehrbelastung von Bier und Tabak komme überdies nicht einmal den deutschen Reichsfinanzen zugute, sondern fließe der Entente zu. — Der kommunistische Abg. Neubauer wandte sich in ähnlich scharfer Weise gegen die Vorlagen.

Der demokratische Redner Dr. Fischer (Köln) erklärte, die Steuervorlagen gingen von ganz falschem Standpunkt aus, nämlich von den Finanzwünschen des Staates, statt von der Steuerzahlungsfähigkeit des Volkes. Es müsse ganz anders als bisher gespart werden, sonst gehe Landwirtschaft und Industrie und das ganze Wirtschaftsleben zugrunde. Die Landwirtschaft sei zu 60 Proz., Handel, Gewerbe und Industrie zu 70 Proz. ihres Ertrages mit Steuern belastet, das sei ein Unding. Der Redner tritt zum Schluß für einen finanzwirtschaftlichen Sachverständigenausschuß ein, der, losgelöst von allen fiskalischen und parteitaktischen Erwägungen, vielleicht am ehesten den Weg für eine Großfinanzreform freimachen könne. Der völkische Abg. Dr. Schröder (Mecklenburg) schloß sich der Kritik Dr. Fischers an.

*

Der Aeltestenausschuß des Reichstages tritt heute zur Frage einer Vertagung des Reichstages ab 1. August zusammen. Vorher sollen die Steuervorlagen und das Amnestiegesetz erledigt werden, dagegen nimmt man für die Verabschiedung der Zollvorlage eine besondere Tagung im September in Aussicht.

Die Zölle für Obst und Gemüse.

Im Handelspolitischen Ausschuß des Reichstages bezeichnete der Zentrumsabgeordnete Kerp es als höchst erfreulich, daß im Interesse der kleinen Landwirte die Regierungsvorlage für Agrarzölle dem deutschen Obst- und Gemüsebau den nötigen Schutz gewähren wolle. Dagegen trat der sozialistische Abgeordnete Sollmann für Zollfreiheit bei Obst und Gemüse ein. In der Abstimmung wurden sämtliche Abänderungsanträge der Opposition abgelehnt. Annahme fanden einige Kompromißanträge, die bis zum 14. Februar 1926 einen ermäßigten Zollsatz von 25 Pf. für frische Kartoffeln einsetzen und im übrigen die Zölle für Weintrauben, Bananen, Apfelsinen und Gurken noch über die Vorlage hinaus erhöhen.

— Die Beratungen zu den Zoll- und Steuergesetzen beweisen, daß das Zentrum im Reich mehr und mehr von den undurchführbaren sozialistischen Forderungen abrückt.

Einspruch des Reichsrats gegen das neue Fürsorgegesetz.

Der Reichsrat genehmigte in seiner Montagsitzung den vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurf über den Ausbau der Angestellten- und Invalidenversicherung und über Gesundheitsfürsorge.

Zu dem weiter vorliegenden Gesetzentwurf über die Abänderung der Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 führte der Berichterstatter aus, daß gegen diesen Gesetzentwurf außerordentliche Bedenken von seiten der Länder geltend gemacht worden seien, u. a. weil der fundamentale Satz in dieser Novelle durchbrochen werde, daß eine individuelle Fürsorge Platz greifen müsse. Die Ausschüsse hätten daher einstimmig beschlossen, gegen das Gesetz Einspruch zu erheben.

Oberpräsident Hörsing, der Vertreter der Provinz Sachsen, meinte, durch den Einspruch würde eine wüste Agitation entfesselt und beantragte namentliche Abstimmung. In namentlicher Abstimmung wurde gegen die Stimmen der Provinz Sachsen und der Stadt Berlin beschlossen, Einspruch gegen das Gesetz zu erheben.

Der Reichsrat genehmigte noch das Gesetz zur Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes und anderer Versorgungsgesetze sowie das zur Abänderung des Wehrmachtsversorgungsgesetzes.

Zum Mitglied des Verwaltungsrats der deutschen Rentenbank-Kreditanstalt bestellte der Reichsrat den Reichstagsabgeordneten Franz Behrens, Vorsitzenden des Reichsausschusses land- und forstwirtschaftlicher Arbeitnehmerverbände.

Zur Durchführung des Anleiheablösungsgesetzes.

Durch die Zeitungen geht die Nachricht, daß zur Durchführung des Anleiheablösungsgesetzes ein Reichskommissariat in Berlin gegründet worden sei, das seine Tätigkeit bereits aufgenommen habe. Diese Mitteilungen eilen den Tatsachen voraus. Es ist zwar die Einrichtung einer besonderen Stelle vorgesehen, die über die Gewährung der Altbesitzrechte entscheiden soll, die Stelle kann aber erst ins Leben gerufen werden, wenn die Ausführungsbestimmungen zu dem Anleiheablösungsgesetz ergangen sind. Dies ist noch nicht geschehen.

Es ist daher vollkommen zwecklos, wenn die Anleihegläubiger sich schon jetzt melden und Anträge auf Anerkennung als Altbesitzer stellen. Sobald die Vorbereitungen beendet sind, wird dies öffentlich bekanntgemacht. Es wird dann auch bekanntgegeben, an welche Stelle die Anträge zu richten sind und welche Nachweise im einzelnen vorgelegt werden müssen.

Tagung des Gesamtverbandes der Krankenkassen Deutschlands.

Im großen Saale des neuen Kurhauses in Aachen wurde gestern vormittag durch den Reichstagsabgeordneten Behrens-Berlin die 9. ordentliche Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes der Krankenkassen Deutschlands E. V. Sitz Essen eröffnet. Die Versammlung nahm zur Unfallversicherung einstimmig eine Entschließung an, in der eine Aenderung des Abkommens zwischen den Berufsgenossenschaften und Krankenkassen als dringend notwendig dargestellt wird.

Eine ebenfalls einstimmig angenommene Entschließung über die Wochenhilfe lehnt den vorgelegten Gesetzentwurf ab und verlangt die Beibehaltung des Stillgeldes und die Beteiligung des Reiches an den Kosten der Wochenhilfe. Eine Mitwirkung der Reichspost und der Landesversicherungsanstalten bei der Durchführung der Wochenhilfe wird abgelehnt. In dem neuen Entwurfe müsse die Reichsregierung in Zusammenarbeit mit den deutschen Krankenkassen die finanzielle Durchführung so gestalten, daß die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen nicht übersteigt.

Nach einem Referat des Verbandsgeschäftsführers Schulte-Essen über Arbeitslosenversicherung und Krankenkassenversicherung wurde eine 3. Entschließung angenommen, in der eine Neuregelung des Arbeitslosenschutzes auf der Grundlage der Arbeitslosenversicherung gefordert wird, zu der die Krankenkassen ihre Mithilfe zur Verfügung stellen. Diese solle dahingehen, daß die Beitragseinziehung zur Arbeitslosenversicherung zu übernehmen und zu überwachen sind. Außerdem müßten die Arbeitslosen gegen Krankheit versichert werden unter Beibehaltung ihres Versicherungsverhältnisses bei ihren Betriebs- und Innungskrankenkassen. Endlich verlangte die Entschließung gleiche Barleistung der Arbeitslosenversicherung und der Krankenkassenversicherung.

Die „Innsbrucker Nachrichten" melden, daß ein Dekret des Präfekten von Trient den deutschen Zeitungen in Südtirol die deutschen Ortsnamen verbietet. Die Orte müssen in italienischer Sprache genannt werden.

*

Nach englischen statistischen Angaben waren Mitte Juli 1 249 500 Personen in England arbeitslos, darunter 973 300 Männer, 32 200 Knaben, 215 000 Frauen und 27 000 Mädchen. Gegen 1924 ist eine Steigerung der Arbeitslosenziffer um 222 500 eingetreten. Nach Angaben des englischen Staatssekretärs für die Kolonien ist die Auswanderung aus England von 224 000 im Jahr 1913 auf 88 000 im Jahr 1924 gefallen, was sich daraus erkläre, daß die Kolonien infolge ihrer ungünstigeren Wirtschaftslage weniger aufnahmefähig für Auswanderer seien.

Johann Sebastian Bach

zu seinem 175. Todestag am 28. Juli.

Von Dr. Paul Bülom.

„Wem die Kunst das Leben ist, des Leben ist eine Kunst" — in diesen Worten Meister Bachs entspricht sich der Inhalt des ihn tief beherrschenden Sendungsgedankens aus. In bewußter Abkehr von der Masse und unbekümmert um seine ihm oft feindlich mitspielende Umwelt schreibt er in der schöpferischen Einsamkeit seiner Musikantenstube im Leipziger Thomaskantorhause unter Aufbietung einer gewaltigen Denkarbeit seine Werke. Aber wie oft dringt die Außenwelt störend in die harmonische Stille des Meisterheims. Da sitzt der wackere Kantor vor seiner Orgel, in mystischer Versüdung den Blick in die Ewigkeit gerichtet —, jedoch ehrfurchtslos reißen ihn Bitternisse aus kleinlichen Zänkereien und neidischen Anfeindungen seiner Mitwelt aus dem hohen Traumflug seiner Schöpferkraft. Gar toll haben sie's getrieben die Leipziger Stadtväter und einer der wohlbildlichen Rektoren der Thomana, so daß ihr Kantor vor den Erbärmlichkeiten dieses banausischen Spießbürgertums mit einem Brief an den König sein Recht erstreiten mußte. Aber der Strom seiner schöpferischen Kräfte ließ sich durch diese Feindseligkeiten nicht hemmen. Im Bewußtsein, zum Meister geboren zu sein und als Meister der Welt eine Verkündigung seiner Innenschau zu schulden, überwindet Bach kampftrutzig und schaffensmutig die Nöte und Sorgen eines oft hart genug umbrandeten Alltags. Der Sendungsgedanke, der ihn zu den Gipfeln hohen Meister- und Menschentums erhob, ließ ihn mit mildverzeihendem Lächeln auf das wahnerfüllte Treiben der übrigen Welt schauen. Was dreißig Jahre später der Dichter aus der Kernkraft des deutschen Idealismus verkündet: „Der freisten Mutter freie Söhne, schringt euch mit festem Angesicht zum Strahlensitz der höchsten Schöne; um andere Kronen buhlet nicht!" — hat Bach der Mit- und Nachwelt vorgelebt.

Das im gesunden, kräftig-teglamen Bürgertum wurzelnde Leben des alten Thomaskantors heißt: Einsamkeit in der schöpferischen Stille eines deutschen Winkels, im kinder- und musikreichen Kantorhause zu Leipzig. Ueber den inneren Menschen Bach aber webt ein Geheimnis, fast nichts wissen wir aus Briefen und Schriften von seiner Innenwelt. Seinem tiefsten Menschen hat er nur in Tönen ein Denkmal gesetzt.

Dieses Miterleben heißt aber ferner auch noch Frömmigkeit. Bach soll einmal geäußert haben, daß alle Musik, die nicht zur Ehre Gottes gedacht werde, „keine Musik, sondern ein teuflisch Geplärr und langweilig Geleier" sei. Rudolf Schäfer hat diese religiöse Wesenheit der Bachschen Kunst sinnig im Bilde veranschaulicht. Voll andachtsversunkener Inbrunst sitzt der Meister an seiner geliebten Orgel, über den von der mächtigen Allonge-Perücke bedeckt n Kof breitet sich heller Heiligenschimmer, und dem Meister zur Seite lauschen Engel ergriffen seinen Tönen. Das religiöse Erlebnis bei Bach schafft die geistige Tiefe seiner Kunst. Die Wegkärtheit seines in schlichter Treue gläubigen Gemüts überschimmert die Fülle seiner Werke. Bei Bach ist alles unentwirrt, leuchtkräftig und von durchsichtiger Klarheit, in die von seinen Vorgängern übernommenen und erweiterten Formen strömt nun der volle Persönlichkeitsgehalt seines inneren Menschen. Die Kunst als Verkündigung des religiösen Erlebnisses — damit erhält bei Bach der Sendungsgedanke seines Meistertums eine ganz bedeutsame Weihe. Goethe ist es gewesen, der für das wunderbare Geheimnis der Bachschen Kunst das erhellende Wort gefunden hat, es sei ihm beim Anhören Bachscher Musik, „als wenn die ewige Harmonie sich mit sich selbst unterbielte, wie sich's etwa in Gottes Busen kurz vor der Weltschöpfung möchte zugetragen haben." Im Aufbau zum kosmischen Inhalt der Ewigkeit gehalt der Bachschen Kunst beschlossen, sie ist, wie Karl Schäle betont, eine Weltanschauungskunst ohnegleichen, sie ist, kurz gesagt, das in Musik umgesetzte Christentum selber und nicht etwa ein konfessionell abgegrenzter Protestantismus.

Bachs religiöses Bekenntnis — hier folgen wir H. Alberts Ausführungen — zeigt sich besonders in seiner künstlerischen Behandlung der letzten Dinge. Wohl wurzelt seine kernhafte, streitbare und aller lateinlosen Weltflucht abholde Natur fest im Diesseits, und doch hat er sich stets nur als einen Gast auf Erden gefühlt. Immer wieder klingt in seiner Kunst sein Lebensmotto an: „Ich habe Lust, abzuscheiden und bei Christo zu sein." Er löst aber das Problem von Tod und ewigem Leben in ganz anderem Sinne als z. B. die Italiener. Bei deren Todesschilderungen wirkt immer noch das antike Bild vom Tode als dem Genius mit der gesenkten Fackel nach. Ob es sich nun um Palestrina handelt oder um Verdi, stets finden wir hier weiche Töne, gemischt aus Wehmut und zarter, verklärter Schwärmerei. Für Bach aber ist der Tod kein sanftes Hinübergleiten in eine schönere Welt, sondern ein Kampf, und war ein Kampf, der die Gewißheit des Siegesin sich trägt. „Der Tod ist verschlungen in den Sieg." So beschwört er — man denke dabei besonders an die gewaltige Osterkantate „Christ lag in Todesbanden" — alle dunklen Mächte herauf und entwirft Kampfesbilder von zerschmetternder Wucht, die alle Schrecken des Jüngsten Gerichts zu entfesseln scheinen. Es macht ihn eine wahrhaft dämonische Freude, den Tod, den alten Würger des Menschengeschlechtes, in seinem ganzen wilden Rasen darzustellen, um ihm schließlich als glaubensstarker Christ den Fuß auf den Nacken zu setzen. Denn mag er auch die Wogen des Kampfes noch so hoch auftürmen, über allen Wolken strahlt seinem Auge doch stets das Kreuz des Erlösers auf Golgatha entgegen.

Von irdischer Nacht umfangen, aber gläubig trösterfüllt den Blick der blinden Augen zum Himmel emporgerichtet, diktiert der Greis seinem Schwiegersohn das bis dahin unvollendet gebliebene Choralvorspiel „Wenn wir in höchsten Nöten sein" in die Feder — und, wie wenn der Himmel selbst ein Wunder vollbringt — die großen dunklen Meisteraugen öffnen sich nach jahrelanger Erblindung noch einmal der sommerlich prangenden Welt, noch einmal sieht er den lieben Kreis der Seinen. Im Abendfrieden eines leuchtenden Sommertages ist Bach in jenes Reich entschlafen, das er in seinem Werk inbrünstig und ahnungsvoll erschauend mit herrlichen Tönen besungen hat.

Eine deutsche Theaterausstellung in Magdeburg. Im Mai 1926 begeht das Magdeburger Stadttheater sein 50jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß veranstaltet die Leitung des Theaters mit der Mitteldeutschen Ausstellungsgesellschaft m. b. H. eine deutsche Theaterausstellung.

Dr. Eduard Löffler von der Großen Volksoper Berlin wurde von Intendant Dr. Georg Hartmann als Leiter des Ausstattungswesens an das Friedrich-Theater in Dessau verpflichtet.

Preisausschreiben „Der Werkstudent". Vor einigen Monaten wurde von der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft in Dresden ein Preisausschreiben über das Thema „Der Werkstudent" erlassen. Es liefen im ganzen 123 Arbeiten ein, von denen sieben mit einem Preise von je 500, fünf mit einem Preise von je 250, und zehn mit einem Preise von je 100 Mark ausgezeichnet wurden. Außerdem wurden 13 Bücherpreise verliehen. Die besten Arbeiten sind von: Stud. med. Edmund Allenhoven, München; cand. ing. Oskar Kundt, Dresden; Dr. rer. pol. Heinz Luedicke, Berlin; cand. ing. Erwin Maßute, Dresden; cand. chem. Erich Schröder, Rendsburg; Stud. pharm. Walter Schumacher, Leipzig, und Stud. rer. pol. Wilhelm Wernet, Heidelberg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250729019/fragment/page=0002